

Liebe Friedensinteressierte,

nachfolgend einige Artikel zu den Kriegen  
in der Ukraine und in Westasien.

**1. FAZ: Rutte reagiert zurückhaltend auf ukrainischen Wunsch nach schneller NATO-Einladung**

**2. FAZ: Kretschmer, Woidke, Voigt : „Wir wollen eine aktivere diplomatische Rolle Deutschlands“**

**3. Kontextwochenzeitung: Sammlung des Todes**

**4. Freitag: Politik : Chinas und Brasiliens Friedensplan für die Ukraine: Die Schweiz unterstützt ihn schon**

**5. IPG: Friedensstifter aus dem Globalen Süden**

**6. ZDF/Frontal: Bedingungslos an Israels Seite? Bundesregierung in der Kritik**

**7. Bundesregierung: Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock**

**8. Quantara: Die andere Zeitenwende**

**9. MSN/Welt: Waffenlieferungen an Israel – Merz und Kubicki fordern Erklärungen von Grünen-Ministern**

**10: Gerechter Frieden: Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel  
Zivilbevölkerung schützen, Waffenexporte stoppen!**

---

**1. FAZ: Rutte reagiert zurückhaltend auf ukrainischen Wunsch nach schneller NATO-Einladung**

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/ukraine-liveticker-rutte-zurueckhaltend-zum-ukrainischen-wunsch-nach-schneller-nato-einladung-faz-19030454.html>

**Ukraine-Liveblog :**

## **Rutte reagiert zurückhaltend auf ukrainischen Wunsch nach schneller NATO-Einladung**

16.10.2024, 18:00

Der neue NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat zurückhaltend auf den ukrainischen Wunsch nach einer schnellen Einladung zum Beitritt in das westliche Militärbündnis reagiert. Er könne nach eigenen Angaben nicht den Siegesplan des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als Ganzes unterstützen.

Natürlich sei der Plan „ein starkes Signal von Selenskyj“, sagt Rutte. „Das bedeutet nicht, dass ich hier sagen kann, dass ich den ganzen Plan unterstütze“, erklärt er. „Das wäre etwas schwierig, da es viele Punkte gibt, die wir besser verstehen müssen.“ Zu den öffentlich bekanntgemachten Teilen des Plans gehört eine umgehende Einladung zum NATO-Beitritt.

Rutte verwies bei einer Pressekonferenz in Brüssel auf die Beschlüsse des jüngsten NATO-Gipfels in Washington. Bei ihm hatten sich die Bündnisstaaten lediglich darauf verständigt, der Ukraine allgemein zuzusichern, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufzuhalten sei. (...)

-----

## 2. FAZ: Kretschmer, Woidke, Voigt : „Wir wollen eine aktivere diplomatische Rolle Deutschlands“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-krieg-kretschmer-woidke-und-voigt-fuer-waffenstillstand-110024319.html>

**Kretschmer, Woidke, Voigt :**

### „Wir wollen eine aktivere diplomatische Rolle Deutschlands“

Gastbeitrag

Von Michael Kretschmer, Mario Voigt, Dietmar Woidke

03.10.2024, 15:36

Die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Kretschmer und Woidke, sowie der Thüringer CDU-Vorsitzende Voigt fordern eine internationale Allianz, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. (...)

----

***siehe auch:***

<https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article407483900/gastbeitrag-fuer-mehr-diplomatie-in-der-ukraine-polen-und-balten-reagieren-auf-kretschmer-voigt-und-woidke.html>

Friede für die Ukraine

**Gastbeitrag für mehr Diplomatie in der Ukraine:**

**Polen und Balten reagieren auf Kretschmer, Voigt, und Woidke**

16.10.2024, 20:10 Uhr

Erfurt. Mario Voigt (CDU), Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD) haben sich für mehr diplomatische Anstrengungen für einen Frieden in der Ukraine ausgesprochen. Nun bekommen sie Antwort. (...)

— —

### 3. Kontextwochenzeitung: Sammlung des Todes

<https://www.kontextwochenzeitung.de/ueberm-kesselrand/706/sammlung-des-todes-9780.html>

#### Sammlung des Todes

Von Anna Hunger

Datum: 09.10.2024

Russland veröffentlicht keine Zahlen, wie viele Soldaten im Krieg gegen die Ukraine sterben. Die aus Deutschland betriebene Seite "Oskar Maria" hat über 72.000 Namen gesammelt, von Menschen, die teils Kriegsgegner waren – und verheizt wurden.

Es hat ganz klein angefangen. Nach der Annexion der Krim 2014 begannen Günter Berger und ein Kollege zu recherchieren, was dort passiert, und bloggten darüber. Als Russland 2022 die Ukraine angriff, begannen die beiden zu dokumentieren, wie in Russland über den Krieg berichtet wird. Vor allem über dessen Opfer.

"Wir hatten nicht damit gerechnet, dass das solche Dimensionen annimmt", sagt Berger am Telefon, gebürtiger Reutlinger, Zivi in Tübingen, später Geschäftsführer von Öko-Test und schließlich Herausgeber des "Worldwatch"-Magazins. (...)

Der Name des Blogs sei "eine kleine Verbeugung vor dem beinahe vergessenen Schriftsteller Oskar Maria Graf", heißt es auf der Homepage. (...)

Zuerst gab es vor allem Todesmeldungen aus dem Berufsheer, erzählt Berger. Dann aus Großstädten, in denen Soldaten stationiert sind. Im Laufe der Zeit aus ganz Russland.

"Immer wieder berichten wir über kleine Ethnien, die in den abgelegensten und unwirtschaftlichsten Gegenden Russlands leben, fernab unserer Zivilisation, die gezielt für den russischen Angriffskrieg geworben werden", ist bei "Oskar Maria" zu lesen.

"Die Unwissenheit dieser Menschen über das aktuelle politische Geschehen weit weg von ihrer eigenen Lebensrealität und die vielen ausgelobten Rubel verführen immer wieder Menschen aus diesen Regionen, in einem Krieg mitzumachen, der definitiv nicht ihrer ist." Tuwa, die "ärmste und sozial am stärksten vernachlässigte Region Russlands", verzeichnet laut Berger gemessen an der Bevölkerung die höchste Zahl an Toten. (...)

Über Jahre hat "Oskar Maria" viele Zugriffe aus Russland verzeichnet, die Leserinnen und Leser konnten über Links auf die russischen Originalquellen lesen, wie viele Menschen in diesem sinnlosen Krieg ihr Leben lassen.

Offenbar war das Interesse an diesen Informationen zu groß: Ende August 2024 erhielten Berger und sein Kollege eine Sperrverfügung der russischen Regulierungsbehörde. Ihre Website verstoße gegen die Rechte der Bürger auf Privatsphäre, Persönlichkeits- und das Familiengeheimnis. Seitdem ist "Oskar Maria" in Russland nicht mehr aufrufbar.

Auf der Website heißt es nun, die Reaktion zeige, dass "wir mit unseren Veröffentlichungen nicht ganz falsch liegen." Und dann zitieren sie Kurt Tucholsky:

"Es wird von den Schrecknissen des Krieges gesprochen. Darauf sagt ein Diplomat vom Quai d'Orsay: ‚Der Krieg? Ich kann das nicht so schrecklich finden! Der Tod eines Menschen: das ist eine Katastrophe. Hunderttausend Tote: das ist eine Statistik!'"

— —

***siehe auch:***

<https://de.connection-ev.org/article-4265>

**Zwei Jahre #ObjectWarCampaign**

**Aktueller Bericht zur Kampagne**

(04.10.2024) Vor knapp zwei Jahren starteten wir mit einer Unterschriftensammlung die #ObjectWarCampaign zur Unterstützung russischer, belarussischer und ukrainischer Kriegsdienstverweiger\*innen, Militärdienstentzieher\*innen und

Deserteur\*innen.

Es gibt viel Positives zu berichten. Enttäuscht sind wir jedoch über die Reaktionen von Politik und Behörden, die es bislang versäumt haben, einen echten Schutz für die Betroffenen vorzusehen. (...)

---

#### **4. Freitag: Politik : Chinas und Brasiliens Friedensplan für die Ukraine: Die Schweiz unterstützt ihn schon**

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ukraine-die-schweiz-unterstuetzt-den-chinesisch-brasilianischen-friedensplan>

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ukraine-die-schweiz-unterstuetzt-den-chinesisch-brasilianischen-friedensplan>

#### **Politik : Chinas und Brasiliens Friedensplan für die Ukraine: Die Schweiz unterstützt ihn schon**

Zuletzt diskutieren 17 Staaten am Rande der UN-Generalversammlung über Chinas und Brasiliens Sechs-Punkte-Plan für ein Ende des Russisch-Ukrainischen Krieges – die Schweiz unterstützt ihn nun. Was steckt hinter der Diplomatie-Initiative?

Von Klaus Moegling

11.10.2024

(...)

#### **Das sind die sechs Punkte des Friedensplans**

Folgende sechs Punkte wurden von den beiden Delegationen vereinbart, die dann auch als chinesisch-brasilianischer Friedensplan international diskutiert wurden:

Deeskalation: Alle beteiligten Parteien werden aufgefordert, sich an drei grundlegende Verhaltensweisen zu halten: „Keine Ausweitung des Schlachtfeldes, keine Eskalation der Kämpfe und keine Provokation durch eine Partei“.

Vorrang der Diplomatie: China und Brasilien unterstützen die Einrichtung einer internationalen Friedenskonferenz, an der die Regierungen der Ukraine und der Russischen Föderation teilnehmen sowie deren jeweilige internationale Partner.

Der Konflikt ist diplomatisch und über Verhandlungen zu lösen: „Alle Parteien sollten die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des direkten Dialogs schaffen und auf eine Deeskalation der Lage bis zur Verwirklichung eines umfassenden Waffenstillstands drängen.“

Humanitäre Situation: Es muss eine „humanitäre Krise größeren Ausmaßes“ verhindert werden: „Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrichtungen müssen vermieden werden, und Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder sowie Kriegsgefangene, müssen geschützt werden. Beide Seiten unterstützen den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den Konfliktparteien.“

Nuklearkrieg: Es wird vor der Gefahr einer nuklearen Eskalation gewarnt und gefordert, dass ABC-Waffen nicht eingesetzt werden: „Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen sowie chemischen und biologischen Waffen, muss abgelehnt werden.“

Nukleare Unfälle: Es wird vor Angriffen auf die zivile Nutzung der Kernenergie, also auch auf Atomkraftwerke, gewarnt: „Alle Parteien sollten das Völkerrecht einhalten, einschließlich des Übereinkommens über nukleare Sicherheit, und von Menschen verursachte nukleare Unfälle entschlossen verhindern.“

### **Das sind die internationalen Reaktionen**

Abschließend rufen die Regierungsdelegationen dazu auf, diese Vereinbarung zu unterstützen und sich in ihrem Sinne für einen Waffenstillstand und einen Friedensvertrag einzusetzen: „Beide Seiten begrüßen es, wenn Mitglieder der internationalen Gemeinschaft die oben genannten gemeinsamen Vereinbarungen unterstützen und befürworten und gemeinsam eine konstruktive Rolle bei der Deeskalation der Situation und der Förderung von Friedensgesprächen spielen.“

Damit sind die Staaten der internationalen Gemeinschaft aufgerufen, sich zu positionieren und zu signalisieren, ob Sie diesem Vorschlag folgen und auf dieser Grundlage einen Friedensprozess in internationaler Abstimmung unter der Beteiligung der Ukraine und der Russischen Föderation unterstützen wollen.

### **Was Wladimir Putin laut chinesischem Auslandsrundfunk zu dem Plan sagt**

Mitte September 2024 trafen sich der chinesische Außenminister Wang Yi und der russische Präsident Wladimir Putin in Petersburg. Putin zeigte Interesse am Sechs-Punkte-Plan Chinas und Brasiliens und sähe darin – laut offiziellen chinesischen Angaben im staatlichen Auslandsrundfunk Chinas – eine Lösung für die ‚Ukraine-Krise‘:

„Nach Angaben des chinesischen Außenministeriums tauschten sich die beiden auch über die Ukraine-Frage aus, wobei Putin bekräftigte, dass Russland stets für Friedensgespräche offen sei und sagte, er begrüße die sechs gemeinsamen Vereinbarungen, die China und Brasilien im Mai zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise getroffen hätten.“

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zeigte sich misstrauisch gegenüber dem Friedensplan, zudem er nach einem Gespräch mit dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva im September 2024 der Auffassung war, dass die brasilianische Regierung auf der Seite Russlands stehe – so Selenskyj im Interview mit der brasilianischen Zeitung Metr6poles:

„Leider glaube ich, dass sie (die brasilianische Regierung) Russland unterstützt. (...) Ich dachte, ich würde wegen Lulas Erfahrung bei ihm ein Verständnis für das sehen, was passiert, und nicht nur politische Befriedung.“

Selenskyj bekräftigte auch bei der UN-Generaldebatte Ende September seine Ablehnung des chinesisch-brasilianischen Friedensplans. Man werde nicht zulassen, dass Staaten ihre Macht auf Kosten der Ukraine steigerten. Der von China und Brasilien vorgebrachte Plan sehe faktisch ein Einfrieren des Kriegs entlang der aktuellen Frontlinie vor.

Selenskyjs eigener „Siegplan“ geht hingegen von einer Steigerung westlicher Militärhilfe und einem vollständigen Rückzug des russischen Militärs von ukrainischem Gebiet als Voraussetzung für Verhandlungen aus.

China intensivierte ein paar Monate nach der Verabschiedung der

Friedensvereinbarung seine Forderung nach internationaler Unterstützung: Peking habe demnach weitere Länder aufgefordert, seinen Friedensplan für die Ukraine zu unterstützen.

Nach einem Treffen mit Diplomaten aus Indonesien, Brasilien und Südafrika habe Li Hui, Chinas Sondergesandter für eurasische Angelegenheiten, betont, dass diese Länder ‚wichtige Kräfte zur Förderung des Weltfriedens‘ seien und ähnliche Positionen wie China einnehmen. (...)

### **Die Chancen und die Risiken des Friedensplans**

(...) Die sechs Forderungen der Friedensvereinbarung sind durchweg sinnvoll, da sie versuchen, den Schrecken und den Schaden des Ukraine-Krieges einzudämmen und den Krieg zu deeskalieren. Ein Einfrieren der Kriegshandlungen entlang der vorhandenen Kampflinie könnte den Zeitraum für Verhandlungen ermöglichen.

Wenn zunehmend Staaten als Unterstützer dieses Plans hinzutreten, wird er seine Wirkmächtigkeit vergrößern können, sodass die Kriegsparteien sich diesem Verhandlungsdruck möglicherweise nicht widersetzen können.

Die im Entwurf besonders betonte Ablehnung einer Aufspaltung der Welt in sich bekämpfende Gruppen und Blöcke verweist zudem auf eine neue internationale Sicherheitsarchitektur und eine verbesserte internationale Kooperation in ökonomischen, politischen und ökologischen Fragen – letztendlich auf eine Stabilisierung und Weiterentwicklung globaler Strukturen. (...)

Die Bundesregierung sollte den Sechs-Punkte-Plan ernster nehmen als sie das bei Chinas Zwölf-Punkte-Plan getan hat

Die deutsche Bundesregierung sollte sich den Sechs-Punkte-Plan genauer ansehen und im Hinblick auf seine Lösungsrelevanz ergebnisoffen und unabhängig durchdenken und überprüfen. Hierbei sollte insbesondere die Möglichkeit im Fokus stehen, das Töten zu beenden und eine weitere militärische Eskalation, möglicherweise auch hin zu einem Einsatz aller vernichtender Nuklearwaffen, zu verhindern.

Die Bundesregierung könnte auch in Richtung Europäische Union eine Initiative zur Befassung mit dem Sechs-Punkte-Plan starten – beim 2023 mit ähnlichen Inhalten veröffentlichten Zwölf-Punkte-Plan der chinesischen Regierung hat sie das nicht getan.

Es ist daher den Versuch wert, sich ernsthaft mit dem chinesisch-brasilianischen Plan auseinanderzusetzen und auch mit den westlichen Verbündeten in einen Beratungsprozess hierüber einzutreten. Wenn der von China und Brasilien vorgeschlagene diplomatische Prozess erfolgreich wäre, würde nicht nur der Krieg in der Ukraine zu einem Ende kommen können, sondern wäre auch ein vielversprechender Anfang für die Neustrukturierung des multilateralen Verständigungsprozesses gegeben.

Klaus Moegling, habilitierter Politikwissenschaftler, lehrte zuletzt an der Universität Kassel als apl. Professor im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. Moegling ist u.a. Autor des Buches Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich; die 5. aktualisierte Auflage ist im Open Access lesbar.

—

## **5. IPG: Friedensstifter aus dem Globalen Süden**

[https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/ein-friedensstifter-aus-dem-globalen-sueden-7840/?utm\\_campaign=de\\_40\\_20241015&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/ein-friedensstifter-aus-dem-globalen-sueden-7840/?utm_campaign=de_40_20241015&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Global 15.10.2024

Mariano Aguirre Ernst & Mabel González Bustelo

### **Friedensstifter aus dem Globalen Süden**

**Brasilien will sich als Mediator bei globalen Konflikten profilieren –**

**kann Präsident Lula auch im Ukraine-Krieg vermitteln?**

Angesichts der Kriege in der Ukraine und in Gaza, mit Fronten im Westjordanland und im Libanon, haben sich diverse Regierungen aus Afrika, Asien und Lateinamerika geweigert, sich gemeinsam mit den USA und Europa ausdrücklich gegen Russland beziehungsweise auf die Seite Israels zu stellen.

Sie kritisierten, dass die Sanktionen und Vorwürfe im UN-Sicherheitsrat gegen Russland aufgrund seiner Invasion der Ukraine nicht vergleichbar seien mit dem Vorgehen gegen Israel für dessen Zerstörung des Gazastreifens und die Tötung von inzwischen mehr als 40 000 Palästinensern. (...)

Angesichts der harschen Kritik an Israels Regierung dürfte Brasilien beim aktuellen Krieg in Nahost wohl keine allzu große Vermittlerrolle spielen. Die Verhandlungen im israelisch-palästinensischen Konflikt weisen jedoch zwei Merkmale auf, die für den Globalen Süden Chancen bieten könnten.

Erstens wurden derartige Verhandlungen bisher immer unter der Führung der USA verfolgt. Doch der Gaza-Krieg zeigt die Grenzen der Fähigkeit Washingtons auf, sowohl eine Partei zu sein, die Israel mit Waffen und Diplomatie unterstützt, als auch ein neutraler Vermittler.

An Verhandlungen über eine Freilassung der israelischen Geiseln und

einen Waffenstillstand waren nun Katar und Ägypten beteiligt. Die Vereinigten Staaten können nicht auf eigene Faust handeln. Zweitens basieren die Verhandlungen in Nahost seit fast 50 Jahren auf der Erreichung einer „Zweistaatenlösung“.

Durch die zum Teil weitreichende israelische Kolonisierung des Westjordanlandes sowie die tiefgehende gegenseitige Abneigung von Israelis und Palästinensern ist diese Lösung gegenwärtig aber nicht mehr tragfähig. Daher müssen Alternativen und andere Verhandlungsparadigmen in Betracht gezogen werden.

Allein oder gemeinsam mit anderen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren stehen Brasilien langfristig mehrere Möglichkeiten offen, sich in der Mediation globaler Konflikte zu profilieren. (...)

---

Mariano Aguirre Ernst ist Berater des Lateinamerikanischen Netzwerks für inklusive Sicherheit der FES. Er ist außerdem Associate Fellow bei Chatham House sowie Ex-Direktor des Norwegian Center for Conflict Resolution.

Mabel González Bustelo ist eine internationale Forscherin und Mediationspraktikerin mit Erfahrung unter anderem in Venezuela, Kolumbien und Nicaragua. Sie berät Regierungen und internationale Institutionen und ist ehemalige leitende Beraterin am Norwegischen Zentrum für Konfliktlösung.

-----

## **6. ZDF/Frontal: Bedingungslos an Israels Seite? Bundesregierung in der Kritik**

<https://www.zdf.de/politik/frontal/hamas-angriff-israel-deutschland-staatsraeson-bundesregierung-in-der-kritik-100.html>

frontal vom 15. Oktober 2024

**Bedingungslos an Israels Seite?**

**Bundesregierung in der Kritik**

von Julia Theres Held und Salim Sadat

Ein Jahr dauert der Krieg in Gaza nun an, und die internationale Kritik am Vorgehen Israels ist groß. Menschenrechtsorganisationen, Völkerrechtler und auch die Vereinten Nationen werfen Israel Kriegsverbrechen vor, fordern ein Ende der Kriegshandlungen.

Videolänge: 10 min

Datum: 15.10.2024

Verfügbarkeit: Video verfügbar bis 15.10.2026

Aus Deutschland dagegen kommt wenig Kritik. Selbst im Fall einer in

Gaza ums Leben gekommenen deutschen Familie erklärt sich die Bundesstaatsanwaltschaft für nicht zuständig.

Schaut Deutschland etwa nicht so genau hin, wenn Israel auf der Anklagebank sitzt? Stellt die Bundesregierung ihre sogenannte Staatsräson über internationales Recht? "frontal" geht den Vorwürfen nach.

---

**siehe auch:**

<https://www.france24.com/en/video/20241012-israeli-plan-is-to-empty-northern-gaza-of-its-civilian-population-analyst-says>

**Der israelische Plan ist es, den nördlichen Gazastreifen**

**seiner Zivilbevölkerung zu "leeren", sagt Analyst**

Ausgestellt am: 12/10/2024 - 18:34. Geändert: 12/10/2024 - 18:48

(...)

**und:**

<https://www.sadaka.ie/wp-content/uploads/2024/07/Letter.pdf>

**in deutscher Übersetzung:**

<https://www.infosperber.ch/freiheit-recht/menschenrechte/us-aerzte-in-gaza-schreiben-an-biden-beenden-sie-den-wahnsinn/>

**US-Ärzte in Gaza schreiben Biden: «Beenden Sie den Wahnsinn!»**

*Red. / 14.10.2024*

**45 amerikanische Ärzte und Krankenschwestern waren Augenzeugen.**

**Infosperber veröffentlicht den vollen Wortlaut ihres Appells.**

---

## **7. Bundesregierung: Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock**

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2314632>

### **Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock,**

in der Vereinbarten Debatte „7. Oktober: Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall auf Israel“ vor dem Deutschen Bundestag am 10. Oktober 2024 in Berlin:

(...)

Israels Sicherheit ist Teil unserer deutschen Staatsräson. Wir gemeinsam – wir als Bundesrepublik Deutschland, wir als Bundesregierung, ich als Außenministerin, wir als Parlament, die demokratische Mitte, Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier – haben das immer wieder deutlich gemacht.

Und ich bin dafür extremst dankbar. Dies ist kein Thema für Parteipolitik. Deswegen würde ich in der Kürze meiner Redezeit, die ich habe, versuchen, auf ein paar Punkte einzugehen, die für mich wichtig sind.

Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson – unabhängig davon, wer Deutschland regiert, unabhängig davon, wer Außenpolitik macht. Es braucht unsere gemeinsame Kraft als demokratische Parteien, genau daran festzuhalten.

(...)

Deswegen haben wir als Bundesregierung, haben wir als Parlament, als Demokratinnen und Demokraten so deutlich gemacht: Das

Selbstverteidigungsrecht Israels ist auch unsere Verantwortung. Dazu stehen wir nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten, und zwar jeden Tag.

Genauso deutlich haben wir gemacht – und das ist eben kein Widerspruch, sondern es ist eine Ergänzung –: Das humanitäre Völkerrecht und das Existenzrechts Israels gehören auf das Engste zusammen. Dafür steht die deutsche Staatsräson.

Daher haben wir es immer wieder deutlich benannt: Selbstverteidigung bedeutet natürlich, dass man Terroristen nicht nur angreift, sondern zerstört. Deswegen habe ich so klar und deutlich gemacht: Wenn Hamas-Terroristen sich hinter Menschen, hinter Schulen verschanzen, dann kommen wir in ganz schwierige Bereiche.

Aber wir ducken uns davor nicht weg. Deswegen habe ich vor den Vereinten Nationen deutlich gemacht: Dann können auch zivile Orte ihren Schutzstatus verlieren, weil Terroristen diesen missbrauchen. Dazu steht Deutschland. Das bedeutet für uns Sicherheit Israels.

(...)

Sie, Herr Merz, Herr Dobrindt, haben die Waffenlieferungen angesprochen. Auch an dieser Stelle möchte ich darum bitten, dass wir die Kraft zur Differenzierung finden. Das entsprechende Gremium bei uns tagt geheim. Aber es gibt eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof. Da hat die Bundesrepublik Deutschland deutlich gemacht, dass wir Waffen zur Unterstützung von Israel liefern. (...)

Ich möchte das so deutlich machen, weil wir uns natürlich alle wünschen, dass wir mehr erreicht hätten. Aber wenn wir die Hoffnung jetzt aufgeben, dass es für die Menschen im Nahen Osten – für alle – ein gemeinsames, sicheres Leben geben wird, dann hat der Terrorismus gewonnen.

Die Aufgabe von deutscher Außenpolitik und von deutscher Innenpolitik ist, genau das zu verhindern. „Nie wieder!“ ist, jetzt einzustehen für die Sicherheit Israels, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen: „Nie wieder!“ heißt, jeden Tag das Richtige zu tun und nicht das Bequeme.

Herzlichen Dank.

(...) Die Grundlage der Politik der demokratischen Parteien in diesem

Parlament ist, dass das „Nie wieder!“ für die Menschenwürde aller Menschen gilt. Das ist deutsche Politik. Das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich machen, erst recht gegenüber den Familien der Geiseln, die seit dem 7. Oktober so furchtbar leiden. (...)

--

## 8. Quantara: Die andere Zeitenwende

<https://qantara.de/artikel/deutschland-und-der-nahe-osten-die-andere-zeitenwende>

Deutschland und der Nahe Osten

09.10.2024

### Die andere Zeitenwende

Deutschland hat sich mit seiner Haltung im Nahostkrieg weltweit isoliert und viel Vertrauen verspielt. Die Ampel-Regierung wird bald Geschichte sein, aber die Folgen ihres außenpolitischen Versagens werden wir noch lange zu spüren bekommen.

Von Daniel Bax

Der brutale Angriff der Hamas und anderer Gruppen am 7. Oktober 2023 war eine Zäsur – auch für Deutschland. Dass er zu einer politischen Zeitenwende führen würde, war allen Fachleuten vom ersten Moment an klar. Zu lange hat die Welt den ungelösten Nahostkonflikt verdrängt und Schritte zu einer politischen Lösung vertagt.

Nur in Deutschland scheinen viele bis heute nicht begriffen zu haben, was für einen historischen Einschnitt der 7. Oktober und der Krieg in Gaza darstellen. Anders ist nicht zu erklären, dass die deutsche Politik bis heute nicht angemessen darauf reagiert hat – oder falsch. Das ist fatal.

Natürlich war es richtig, dass sich die Bundesregierung und der gesamte Bundestag zunächst an die Seite Israels gestellt und dessen Recht auf Selbstverteidigung bekräftigt haben. Schon sehr früh war allerdings klar, dass die israelische Regierung und die Armee mit völlig unverhältnismäßiger Härte reagieren und kaum Rücksicht auf

Zivilist:innen nehmen würden. Darauf hätte die deutsche Politik viel früher und viel entschiedener reagieren müssen.

Als Olaf Scholz im Oktober 2023 als erster europäischer Regierungschef zum Solidaritätsbesuch nach Israel reiste, bezeichnete sein Amtskollege Netanjahu die Hamas als „neue Nazis“, ohne dass der Bundeskanzler widersprach. Wenig später bemühte Netanjahu die Legende von Amalek, um den Krieg in Gaza in religiöser Metaphorik zu einem Kampf mit dem absolut Bösen zu erklären.

Israels Verteidigungsminister Joav Gallant ordnete bereits am 9. Oktober eine vollständige Blockade des Gazastreifens an: kein Strom, keine Lebensmittel und kein Treibstoff sollten mehr in die Enklave gelangen – er kündigte damit ein eindeutiges Kriegsverbrechen an.

„Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit“, so beschrieb der israelische Armeesprecher Daniel Hagari bereits ganz zu Beginn die Militärstrategie seiner Armee. Und Israels Präsident Jitzchak Herzog erklärte die gesamte Bevölkerung Gazas für schuldig und damit die Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kämpfern für überflüssig.

Später versah er Bomben, die über dem Gazastreifen abgeworfen wurden, mit einer persönlichen Widmung. Es ist kein Zufall, dass sich all das in den Anklageschriften wiederfindet, über die jetzt in Den Haag verhandelt wird. Südafrika sieht darin Nachweise für genozidale Absichten und hat Israel deshalb bereits Ende 2023 vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) wegen Völkermord angeklagt.

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, hat zudem im Mai 2024 Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant beantragt, weil er sie für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza verantwortlich macht.

Medien und Menschenrechtsorganisationen werfen Israel vor, in Gaza eine Vielzahl von Kriegsverbrechen begangen zu haben: von willkürlichen Bombardements ohne jede Rücksicht auf Zivilisten bis hin zu Angriffen auf Krankenhäuser, Klärwerke, Universitäten und Schulen – kurz: auf die zivile Infrastruktur. Dies macht den Gazastreifen unbewohnbar. Hinzu kommen „Folterlager“ für Gefangene, wie die Menschenrechtsorganisation B'Tselem berichtet, sowie das gezielte Aushungern der Bevölkerung.

**Netanjahu zieht Israels Verbündete in den Abgrund**

Auf all das hat die deutsche Politik bisher nicht angemessen reagiert. Selbst US-Präsident Joe Biden hat sich kritischer zum israelischen Vorgehen geäußert als der deutsche Bundeskanzler. Er bezeichnete Israels Bombardement als „willkürlich“ und warnte schon früh, Israel solle nicht die gleichen Fehler begehen wie die USA nach dem 11. September.

Bidens Warnung verhallte leider ungehört und der US-Präsident selbst ließ seinen Worten keine Taten folgen, um Israel zu bremsen. Netanjahu fühlte sich dadurch ermutigt, auch im Libanon mit voller Härte zuzuschlagen. Wie die USA nach dem 11. September zieht nun auch Israel seine Verbündeten mit seiner Kriegsführung immer tiefer in einen moralischen Abgrund. (...)

In Deutschland hat die Ampel-Regierung – mit der sozialdemokratischen SPD und den Grünen – im Schlepptau der USA ebenfalls Schaden genommen. Ihr könnte es so ergehen wie einst der Labour-Partei unter Tony Blair: Nachdem sich der britische Premier im Irakkrieg 2003 vorbehaltlos an die Seite der USA gestellt hatte, war sein Ruf ruiniert. Seine Partei hat sich davon lange nicht erholt. (...)

Im Ausland hat sich Deutschland mit seiner Haltung zu Israel zudem stark isoliert. In der UN-Vollversammlung ist es eines der letzten Länder, das noch zu Netanjahu hält. Südafrikas „Genozid“-Vorwurf gegen Israel wischte die Bundesregierung vom Tisch und sprang Israel zur Seite. Inzwischen haben sich nach Chile und Mexiko auch Irland und Spanien der Klage vor dem höchsten Gericht der Vereinten Nationen angeschlossen – ein Zeichen dafür, wie gespalten Europa in dieser Frage ist.

Im April sah sich Deutschland selbst auf der Anklagebank, weil Nicaragua es wegen Beihilfe zum „Völkermord“ angeklagt hatte. Die Forderung, deutsche Waffenexporte nach Israel zu stoppen, wies das Gericht in seiner Eilentscheidung zwar ab, doch es ist klar, dass große Teile der Weltöffentlichkeit Deutschland eine Mitschuld an den vielen Toten im Gazastreifen geben, weil es dessen enger Verbündeter und zweitgrößter Waffenlieferant ist.

Es sind nicht nur arabische oder muslimische Staaten, in denen Deutschland deswegen stark an Ansehen eingebüßt hat. Die internationalen Gerichtsverfahren zeigen, dass das auch für viele Länder in Südamerika und Afrika gilt, also für große Teile des „globalen Südens“.

Es seien „vor allem die progressiven, die kritischen

Zivilgesellschaften, die sich jetzt abwenden von einer als unglaublich wahrgenommenen Bundesrepublik“, warnten die Politologen Marcus Schneider und Jannis Grimm im Juni in einem Essay im IPG Journal. Die deutsche Politik reagiert darauf in Vogel-Strauß-Manier: Sie steckt den Kopf in den Sand und hofft, dass das vorbei geht. Das ist Realitätsverweigerung.

## **Autoritäre Tendenzen in Deutschland**

Während Deutschland an Ansehen verliert, kämpft die deutsche Politik im Inneren immer verbissener darum, eine vermeintliche „Staatsräson“ durchzusetzen, deren Sinn mit jedem Tag fragwürdiger erscheint. Dabei zeigt sie eine autoritäre Unduldsamkeit und immer stärkere illiberale Tendenzen.

Mehrere Proteste an Universitäten und ein ganzer Palästina-Kongress wurden mit Polizeigewalt aufgelöst, kritische Künstler:innen, Wissenschaftler:innen und andere Intellektuelle ausgeladen oder mit „Antisemitismusklauseln“ und anderen fragwürdigen Mitteln auf Linie gebracht. Dass im Bildungsministerium geprüft wurde, ob man unbotmäßigen Wissenschaftler:innen, die diese Politik kritisiert hatten, bereits zugesagte Fördermittel wieder entziehen könne, passt in das Bild zunehmend autoritärer Tendenzen.

Die deutsche Politik geht mit solchen illiberalen Schritten viel weiter als die USA, kritisierte der deutsch-britische Journalist und Deutschland-Experte Hans Kundnani bereits im März in einem Essay im Magazin Dissent. Deutschland begründe das mit seiner historischen Verantwortung für den Holocaust, aber seine spezielle Lesart der Geschichte sei mit universalistischen Werten nicht zu vereinen.

Die Philosophin Susan Neiman, die einst ein Buch geschrieben hatte, in dem sie die deutsche Erinnerungspolitik preiste, spricht nun von einem „verordneten Philosemitismus“ und, wie andere, von einem proisralischen „McCarthyismus“. Der Politologe Daniel Marwecki spricht von einem „Ersatznationalismus“ und warnt, Deutschland müsse sich zwischen Staatsräson und Völkerrecht entscheiden.

Angesichts von Übergriffen auf Synagogen und antisemitischen Slogans war es selbstverständlich und notwendig, dass deutsche Politiker sich schützend vor Jüdinnen und Juden in Deutschland stellten und diese Straftaten einhellig verurteilten. Doch ein Wort des Mitgefühls gegenüber hiesigen Palästinenser:innen, die oft selbst Angehörige verloren haben, um die Menschen im Gazastreifen bangen und zugleich unter Pauschalverdacht gestellt werden, kommt vielen bis heute nicht über die Lippen.

Dabei werden die Folgen des Kriegs in Gaza noch lange spürbar sein. Ein vollständiger Wiederaufbau der Enklave könnte 80 Jahre dauern, schätzen UN-Expert:innen. Die Traumata werden über Generationen nachwirken.

Deutschland muss sich entscheiden, was es mit seiner Staatsräson meint. Meint es die Solidarität mit jenen Menschen in Israel und Palästina, die sich Sicherheit, Frieden und ein Ende des Dauerkonflikts wünschen?

Dann sollte man endlich einen Kurswechsel wagen, ein Waffenembargo gegen Israel verhängen und mehr Druck ausüben, bis Netanjahu einlenkt, statt ihm freie Hand zu lassen, den Krieg auch noch auf den Libanon und andere Länder auszuweiten.

Oder will man weiter eine in Teilen rechtsradikale Regierung unterstützen, in der manche aus ihren Vertreibungsplänen und Auslöschungsfantasien keinen Hehl machen? Damit hält man auch einen Regierungschef im Amt, der kein Interesse daran hat, dass der Krieg endet, weil er sich sonst viele unangenehme Fragen stellen lassen müsste und sogar im Gefängnis landen könnte.

Olaf Scholz und seine Außenministerin Annalena Baerbock haben ihren Ton gegenüber Netanjahu in den vergangenen Monaten verändert. Vizkanzler Robert Habeck hat sogar eingeräumt, dass Israels Vorgehen in Gaza nicht mit dem Völkerrecht vereinbar ist.

Aber das reicht nicht. Ohne die Druckmittel einzusetzen, über die Deutschland verfügt, bleiben das leere Worte. Die Ampel-Regierung wird schon bald Geschichte sein. Aber an den Folgen ihres außenpolitischen Versagens in diesem historischen Moment werden wir noch sehr lange zu tragen haben.

Daniel Bax ist Journalist und Autor. Er ist Redakteur bei der Tageszeitung Taz und schreibt zudem für andere Medien über Politik, Kultur und Gesellschaft in Deutschland. Er hat bisher zwei Bücher veröffentlicht, zu antimuslimischem Rassismus ("Angst ums Abendland", 2015) und über Rechtspopulismus ("Die Volksverführer", 2018).

<https://qantara.de/seite/%C3%BCber-uns>

Das arabische Wort "qantara" bedeutet Brücke. Das Dialogportal Qantara.de wurde unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 gegründet und fördert seit über 20 Jahren durch fundierte Beiträge die Verständigung zwischen den europäischen und islamisch geprägten Gesellschaften. Das Projekt wird vom ifa – Institut für Auslandsbeziehungen umgesetzt und vom Auswärtigen Amt gefördert. (...)

-----

## **9. MSN/Welt: Waffenlieferungen an Israel – Merz und Kubicki fordern Erklärungen von Grünen-Ministern**

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/waffenlieferungen-an-israel-merz-und-kubicki-fordern-erklarungen-von-grunen-ministern/ar-AA1sfqZ3>

### **Waffenlieferungen an Israel – Merz und Kubicki fordern Erklärungen von Grünen-Ministern**

Artikel von Sebastian Beug

15.10.2024

Über Monate sollen Robert Habeck und Annalena Baerbock laut eines Medienberichts die Lieferung von Kriegswaffen an Israel blockiert haben. Union und FDP fordern Transparenz, Wolfgang Kubicki droht sogar mit einem Koalitionsbruch, sollte die Berichterstattung zutreffen.

Union und FDP haben Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock aufgefordert, ihre Position bei Waffenlieferungen an Israel zu erklären.

Für den Fall, dass die Grünen-Minister Waffenexporte verhindert haben, fordert FDP-Vize Wolfgang Kubicki gar deren Rücktritt. Hintergrund ist ein Medienbericht, nachdem Habeck und Baerbock seit spätestens März 2024 Kriegswaffenexporte im Bundessicherheitsrat blockiert haben sollen.

Wie „Bild“ am Sonntag unter Berufung auf Quellen aus allen Ampelparteien berichtete, forderten die Grünen-Minister schriftliche Garantien, dass Israel die Waffen nicht zu einem Völkermord einsetzt.

Der „Tagesspiegel“ schrieb am Montag, es soll bei den Garantien nicht um Völkermord, sondern um eine schriftliche Zusicherung gegangen sein, beim Einsatz deutscher Waffen das Völkerrecht einzuhalten. Gegenüber „Politico“, das wie WELT zu Axel Springer gehört, verwies eine nicht

namentlich genannte Quelle am Montag auf rechtliche Bedenken, gegen die sich die Regierung habe absichern wollen.

Denkbar ist, dass die Grünen-Minister zunächst Garantien in Bezug auf einen Völkermord forderten, sich dann aber mit Zusicherungen, das Völkerrecht werde geachtet, zufriedengaben. (...)

FDP-Vize Kubicki macht seinem Ärger über den Vorwurf eines Völkermords an Israel – häufig erhoben von israelfeindlichen Hamas-Anhängern – in einem Gastbeitrag bei „Focus Online“ Luft. „Wer auch nur einen Hauch um die historische Schuld Deutschlands weiß, der dürfte sich für die grünen Spitzenminister angesichts einer solchen Anmaßung in Grund und Boden schämen.“

Und weiter: „Dass wir, die Deutschen, ausgerechnet Israel, einem demokratischen Rechtsstaat, der sich seit jeher gegen äußere Feinde, ja gegen die Existenzvernichtung erwehren muss, unterstellen, er plane einen Völkermord oder führe einen durch, lädt selbst so schwere Schuld auf sich, dass er dem Ansehen unseres Landes schadet und 75 Jahre deutscher Außenpolitik in die Bedeutungslosigkeit versenkt.“

Wie „Bild“ berichtet, soll Israel am Donnerstag die von den Grünen geforderte Erklärung abgegeben haben. Zwar gibt es bei Rüstungsexporten sogenannte Endverbleibserklärungen, mit denen sichergestellt werden soll, dass Waffen nicht von Abnehmern an ein weiteres Land verkauft werden. Garantien in Bezug auf den Nicht-Einsatz bei einem Völkermord wären aber ein Novum. (...)

Exporte an Drittländer kommen gemäß den Grundsätzen nicht in Betracht, wenn es „innere Repressionen“ oder „systematische Menschenrechtsverletzungen“ gibt. Ausgeschlossen sind sie auch, wenn das Empfängerland in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt ist – die Selbstverteidigung eines Landes nach der UN-Charta wie im Falle der Ukraine oder Israels ist davon allerdings ausdrücklich ausgenommen.

Das Wort „Völkermord“ taucht in den Grundsätzen nicht auf. Eher allgemein ist festgehalten, dass die Exporte das „friedliche Zusammenleben der Völker“ nicht gefährden sollen.

Insgesamt hat die Bundesregierung nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums in den ersten drei Quartalen Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von elf Milliarden Euro erteilt.

Davon entfallen 7,2 Milliarden Euro auf Kriegswaffen und 3,8 Milliarden Euro auf sonstige Rüstungsgüter. Mit 7,1 Milliarden Euro ist die Ukraine das Hauptempfängerland. Israel erhielt seit dem 7. Oktober 2023 Rüstungsgüter im Wert von 326,5 Millionen Euro, fast alle unmittelbar nach dem Angriff.

—

**siehe auch:**

<https://www.rnd.de/politik/olaf-scholz-sichert-israel-weitere-waffenlieferungen-zu-bereitschaft-zu-gespraech-mit-putin-EUIJLD7TNZM3LFEJ6SWVV4IRN4.html>

Regierungserklärung im Bundestag

**Scholz sichert Israel weitere Waffenlieferungen zu –**

**und betont Bereitschaft zu Gespräch mit Putin**

16.10.2024, 15:24 Uhr

**und:**

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-10/ghassan-salame-libanon-hisbollah-israel-vereinte-nationen>

**"Das ist die Hybris der israelischen Regierung"**

Der Libanese Ghassan Salamé gilt als einer der erfahrensten Vermittler und versucht das scheinbar Unmögliche: Verhandlungen über einen Frieden in seiner Heimat.

Interview: Jana Simon

12. Oktober 2024, 16:55 Uhr

Ghassan Salamé gilt als einer der erfahrensten politischen Vermittler, er hat für die UN gearbeitet, Terroranschläge und Entführungen überlebt und mit Diktatoren an einem Tisch gesessen.

Er ist in einem Dorf im Libanon aufgewachsen und war einmal Kulturminister des Landes. Wie blickt er auf den Krieg in seiner Heimat, die Hisbollah und die Erfolgsaussichten von Verhandlungen?

— —

**10: Gerechter Frieden: Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel  
Zivilbevölkerung schützen, Waffenexporte stoppen!**

<https://gerechter-frieden.org/aufruf/>

**Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel  
Zivilbevölkerung schützen, Waffenexporte stoppen!**

**Kundgebung am 18. Oktober 2024 um 17 Uhr auf dem Washingtonplatz**

Wir erleben eine erschütternde Eskalation an Gewalt und Leid in Palästina und Israel. Im aktuellen Krieg sind seit dem 7. Oktober 2023 bereits über 42.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in Israel getötet worden. Etwa 100 Geiseln befinden sich noch immer in Gaza.

Mindestens 95.000 Palästinenser:innen wurden verwundet und Unzählige werden vermisst. Nahezu die gesamte Bevölkerung Gazas, 1,9 der 2,1 Millionen Bewohner:innen, wurde bereits mehrfach innerhalb ihres Landes vertrieben. Etwa 100.000 Israelis sind seit letztem Oktober evakuiert. Es gibt keinen sicheren Ort im gesamten Gazastreifen.

Das bewusste Vorenthalten von humanitärer Hilfe, von Nahrungsmitteln, sauberem Trinkwasser und medizinischer Versorgung durch Israel bedroht akut das Leben Hunderttausender in Gaza. Und im Westjordanland sind die Menschen mehr denn je schutzlos der Gewalt von Armee und Siedler:innen ausgesetzt.

Zu all dem wollen und können wir nicht schweigen. Wir verurteilen alle Kriegsverbrechen in diesem Krieg, sowohl die der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen, als auch die der israelischen Regierung.

Wir trauern um alle Opfer der Gewalt in Palästina und Israel. Wir bangen um die Tausenden, die in Israel willkürlich in Haft und oft Folter und Misshandlung ausgesetzt sind. Wir bangen um diejenigen, die als Geiseln nach Gaza verschleppt wurden. Wir solidarisieren uns mit allen, die sich für Frieden und gleiche Rechte für alle Menschen in der Region einsetzen.

Während die deutsche Regierung zu Recht die Kriegsverbrechen der Hamas verurteilt, benennt sie die Kriegsverbrechen der israelischen Regierung und der Armee noch nicht einmal als solche.

Mehr noch, durch ihr politisches Handeln billigt sie die völkerrechtswidrigen Handlungen Israels in Gaza. Die Bundesregierung schwächt die internationale Gerichtsbarkeit durch einseitige Parteinahme.

In Deutschland erleben wir im Kontext der Palästina-Solidarität massive Eingriffe in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir stellen uns klar gegen die Kriminalisierung von legitimen Protesten und tragen unsere Kritik am Krieg in Gaza und der Rolle der deutschen Regierung auch selbst auf die Straße.

Wir gehen auf die Straße, um deutlich zu machen: Eine Staatsräson, die bei den Menschenrechten und dem Völkerrecht doppelte Standards anlegt, nützt niemandem und trägt – den wiederholt vorgetragenen politischen Erklärungen zum Trotz – auch nicht zur Sicherheit Israels bei.

Menschenrechte und Völkerrecht sind universell. Menschenleben dürfen nicht mit zweierlei Maß gemessen werden: Palästinensisches Leben ist genauso kostbar wie israelisches Leben.

**Wir fordern von der Bundesregierung:**

Setzen Sie sich mit allen Mitteln für einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand ein. Nur ein Waffenstillstand schafft die Bedingungen für ein Ende des Tötens und für die Freilassung der Geiseln und unrechtmäßig Inhaftierten.

Liefern Sie keine Rüstungsgüter an Israel, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden.

Unterstützen Sie die internationale Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen, um die jahrzehntelange Straflosigkeit zu beenden.

Setzen Sie sich im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 mit aller Kraft für ein Ende der illegalen Besetzung, des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland ein.

Schützen Sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland: Der Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus darf nicht gegen das Recht auf friedlichen Protest ausgespielt werden.

Wir wollen mit der Veranstaltung einen Raum für friedlichen Protest schaffen, der frei ist von Diskriminierung und Gewalt. Rassistische, anti-palästinensische und/oder antisemitische Äußerungen oder Handlungen akzeptieren wir nicht.

**Aufrufende Organisationen:**

Amnesty International Deutschland • Arbeitskreis Palästina Brühl-Battir • Ärzte der Welt • Bielefelder Nahost-Initiative • Bundesweite Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg • Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern (BIP) • CARE Deutschland • ChanceMaker Foundation • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen • Deutsch-Palästinensische Gesellschaft • Deutsch-Palästinensischer Frauenverein • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung • Forum Ziviler Friedensdienst • Frauen wagen Frieden • Freunde von Sabeel Deutschland • Humanistische Union • IALANA Deutschland – Vereinigung für Friedensrecht • Informationsbüro Nicaragua • INNA (Städtepartnerschaft Nablus/Nürnberg) • Internationale der Kriegsdienstgegner\*innen • Internationale Liga für Menschenrechte • Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig • Interventionistische Linke Berlin • IPPNW Deutschland • Israelis für Frieden • Israelisches Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHD) • Kairos Palästina Solidaritätsnetz Deutschland • Komitee für Grundrechte und Demokratie • KURVE Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte • medico international • Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie • Netzwerk Ökumenisches Begleitprogramm in Palästina und Israel in Deutschland • NRC Flüchtlingshilfe Deutschland • Palästina Initiative Region Hannover • Partnerschaftsverein Bonn-Ramallah • pax christi, Deutsche Sektion • Sea-Watch • Solidarität International • Terre des Hommes Deutschland • ver.di Berliner Krankenhausbewegung • Weltfriedensdienst

-----

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt,

Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

-----  
Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes  
A.-v.-Humboldt-Weg 8a  
85354 Freising

Tel.: 08161-547015  
Fax: 08161-547016

[C.Ronnefeldt@t-online.de](mailto:C.Ronnefeldt@t-online.de)  
[www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)

Spendenkonto für die Arbeit des  
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

**IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00**

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt